

Zu den Urnen! Denn die Nichtwähler sind an allem schuld!

Ein Kommentar von Yvonne Martin

Jüngste Umfrageergebnisse sehen die AfD in Baden-Württemberg bei 12% und auch die Kommunalwahl in Hessen hat der AfD hohen Zuwachs beschert. Wir hören in letzter Zeit vermehrt das Argument, mit unserem Aufruf zum aktiven Wahlboykott spielten wir der AfD in die Hände. Wir – respektive die Nichtwähler – seien schuld, wenn die AfD am 13.3. in den Landtag einzöge! Aber ist es wirklich so einfach? Macht man es sich mit dieser Erklärung nicht zu einfach?

Denn nicht WIR sind dafür verantwortlich, dass die AfD Stimmen erhält, sondern diejenigen, die die AfD wählen. Auch wenn wir nicht die AfD wählen würden. Aber wir würden auch die CDU nicht wählen. Oder die SPD. Oder die Grünen. Oder DIE LINKE. Ein Parlament kann und sollte die Interessen und den Willen seiner Bürgerinnen und Bürger abbilden – in geheimer, freier und gleicher Wahl, im fairen Wettstreit aller Parteien und Kandidatinnen und Kandidaten, die sich auf dem Boden des Grundgesetzes bewegen und zur Wahl stehen. Die Frage ist: Ist das überhaupt gewährleistet in unserer Demokratie? Wir meinen: Nein. Und hier liegt das Problem.

Mit unserer Aktionsform „Gläserne Urne“ wollen wir nicht diejenigen vom Wählen abhalten, die mit gutem Gewissen und aus guten Gründen ihre Stimme einer der zur Wahl stehenden Partei geben wollen. Ganz abgesehen davon, dass uns das auch nicht gelänge. Wir wollen diejenigen erreichen, die aus guten Gründen und mit gutem Gewissen nur eines tun können: Nichtwählen. Diesen Menschen wollen wir eine Stimme geben, diese Menschen wollen wir zusammenbringen und mit diesen Menschen wollen wir politische Veränderungen erreichen.

Veränderungen durchsetzen in einem maroden politischen System, das sich längst selbst überholt hat. Die teilweise fatal niedrige Wahlbeteiligung ist ein Symptom dessen. Und dass es zum Ausdruck kommt, ist gut. Man wirft uns Verantwortungslosigkeit vor. Aber wofür sind wir eigentlich tatsächlich verantwortlich: Dafür, den politischen Betrieb zu kritisieren, weil Parteien längst nicht mehr ihrer verfassungsgemäßen Aufgabe gerecht werden. Dafür, unsere Kritik öffentlich zu machen. Dafür, unsere Finger in die schwärenden Wunden des verfaulenden Demokratiekörpers zu legen.

Klingt schwer nach AfD? Die Wahrheit, die so gern verdrängt wird von jenen, die nun die Nichtwähler an den Pranger stellen: Gerade weil die AfD mit einem ähnlichen Anspruch auftritt, bindet sie so viele Protestwählerinnen und -wähler an sich. Dass die Menschen, welche die AfD aus genau diesen Gründen wählen, nicht durchschauen, dass die AfD in unserer Parteiendemokratie von den Umständen profitiert, die sie so lauthals und medienwirksam – und eben nur zum Schein – verteufelt, ist traurige Ironie. Aber aufgrund von politischer Naivität darf niemandem das Wahlrecht verweigert werden.

Es fragt sich bloß: Sind diejenigen, die jetzt völlig kopflos schreien: "Zu den Urnen! Bloß jetzt wählen gehen, egal was!", nicht ebenso naiv?

Erstens ist es nicht ausgemacht, dass die 30-60% Nichtwähler, würden sie denn wählen, nicht mit mindestens zu einem Drittel die AfD wählen würden. Ganz im Gegenteil: Es ist sogar wahrscheinlich. Denn politisch aktive Nichtwähler, die Engagierten und Empörten, so wie wir, stellen in der Gruppe der Nichtwähler nicht die Mehrheit. Die Mehrheit bilden die Abgehängten, Resignierten, die Verzweifelten und Ohnmächtigen dieser Gesellschaft¹, die vereinzelt und ohne

¹ vgl. etwa http://www.awapp.uni-bremen.de/wp-content/uploads/documents/Wahlenthaltung_Bremen.pdf und <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/themen/aktuelle-meldungen/2015/september/der-typische-nichtwaehler-kommt-aus-sozial-schwachem-milieu/>

Einfluss sind in dieser Gesellschaft. Und um die sich die etablierte Politik bisher wenig geschert hat. Das rächt sich nun. Klientel also typischerweise entweder der Rechtspopulisten oder von DIE LINKE. Vom braunen Bodensatz in Deutschland mal ganz abgesehen, der sicherlich auch noch nicht restlos zum Wahlgang mobil gemacht wurde.

Zweitens: Indem man jetzt möglichst „irgendeine Partei bloß nicht die AfD“ wählen soll, stellt man das Wahlrecht von den Füßen auf den Kopf. Eine Verhinderungswahl ist genauso wenig im Sinne der Demokratie wie eine Protestwahl.

Drittens: Profitiert nicht nur die AfD von der Wahlabstinz. Genauso profitiert in Baden-Württemberg DIE LINKE (und andere Kleinparteien), weil eine niedrige Wahlbeteiligung die Schwelle der absoluten Stimmenzahl senkt, welche DIE LINKE erreichen muss, um ins Parlament einzuziehen. Rein rechnerisch würde unter den aktuellen Bedingungen und Umfrageprognosen die Absenkung der 5%-Hürde auf 1% die AfD mindestens genauso viele Stimmen „kosten“, wie eine erhöhte Wahlbeteiligung (immer vorausgesetzt, dass dabei nicht AfD gewählt wird). Demokratischer wäre die Senkung der 5%-Sperrklausel. Wie lässt es sich im Übrigen eigentlich politisch begründen, dass bei der Wahlkampfkostenerstattung Parteien berücksichtigt werden, die bei einer Landtagswahl mindestens 1% aller Stimmen auf sich vereinigen konnten mit dem Argument der „Verwurzelung in der Gesellschaft“² – dieselben Parteien aber von der Repräsentation im Parlament durch die 5%-Sperrklausel ausgeschlossen sind? Die 5%-Sperrklausel trägt dazu bei, dass nur schlimmsten Populisten wie der AfD der Neueinzug ins Parlament gelingt.

Viertens: Man legitimiert so den Rechtsruck – und zwar nicht den der AfD, die sich über kurz oder lang im parlamentarischen Betrieb zerlegen oder mäßigen wird, sondern den Rechtsruck der etablierten Parteien. Die AfD als Oppositionspartei im Parlament – na und? Was soll schon Schlimmeres passieren als das, was bereits passiert ist? Denn längst hat die etablierte Politik auf die rassistische Hetze reagiert. Doch nicht mit einer entschieden antifaschistischen Haltung, sondern mit dem roten Teppich. Mit bedingungslosem Entgegenkommen. Mit einem bereitwilligen Eingehen auf die Forderungen von rechts. Auch weil man insgeheim weiß, dass dies bei der eigenen Klientel ankommt. Weil Deutschland eben viele braune Flecken auf seiner weißen Weste hat. Man reibt sich verwundert die Augen, wie einig sich Grüne und AfD beispielsweise darüber sind, dass "Flüchtlinge am liebsten nahe der Heimat untergebracht sind"³, sprich: in den katastrophalen Aufnahmelagern in Jordanien und dem Libanon. Die Grünen formulieren es eben bloß höflicher: Sie müssen leider draußen bleiben! Der Kampf gegen rechts muss vor allem außerhalb des Parlaments geführt werden. Wenn die Rechten im Parlament die Macht übernehmen, ist er bereits verloren.

Fünftens: Ohne Not gewährt man durch das Kleinere-Übel-Wählen den etablierten Parteien ein leistungsloses Plus an Stimmen, das sie nicht verdient haben. Wenn der Alarmruf fruchtet, fallen ihnen Stimmen zu, ohne dass sie dafür irgendetwas tun mussten und ohne dass sich an dem undemokratischen System etwas geändert hätte. Die erhöhte Wahlbeteiligung verschafft ihnen so – wenn auch nur statistisch gesehen – mehr Legitimation. Aber seien wir realistisch: Die Legitimation auf dem Papier genügt ihnen vollauf!

Sechstens: Vermeintlich gute Gründe für die Kritik an der Wahlabstinz gibt es immer. Bei der letzten Landtagswahl waren es S21 und Mappus, die verhindert werden mussten. Heute ist es die AfD. Ein unzulässiger Vergleich? Mitnichten – Politik, das ist vor allem Inszenierung und Strategie. Und um den Machterhalt zu sichern, sind alle Mittel recht. Das Wahlvolk lässt sich derweil in bestem Glauben einspannen und zieht brav den Karren aus dem Dreck.

² http://www.bmi.bund.de/DE/Themen/Gesellschaft-Verfassung/Staatliche-Ordnung/Parteienrecht/Parteienfinanzierung/parteienfinanzierung_node.html

³ <https://www.youtube.com/watch?v=11WnepdclYA>

Und wir, die Menschen, welche die Demokratiedefizite grundsätzlich angehen wollen? Wir verlieren damit ein Druckmittel. Möglicherweise das einzige. 87% Nichtwähler in der Slowakei bei der EU-Parlamentswahl in jüngster Zeit – das konnte sogar das Politikestablishment nicht mehr ignorieren⁴. Aber erst jetzt, wo es durch das Auftauchen der AfD seine Pfründe in Gefahr sieht und Regierungsbildung und -beteiligung kompliziert werden, schlagen die Parteien ernsthaft Alarm. Die diskutierten Gegenmaßnahmen sind indes reaktionär. So bringt die SPD nach der Wahl in Hessen die Einführung der 3%-Hürde bei Kommunalwahlen⁵ ins Spiel. Nicht anderes bedeutet dies als den systematischen Ausschluss bestimmter Interessengruppen von der Repräsentation – und die systematische, künstliche Erhöhung der Stimmanteile für die vergleichsweise stärksten Parteien.

Worüber wir jetzt reden müssen, dringender denn je, sind die gesellschaftlichen Verwerfungen. Den Verlust von Bürgerrechten an ein demokratisch völlig ungenügend legitimiertes Gebilde wie die EU. Und wir werden reden müssen über die Mängel, die Fehler, den Missbrauch der Demokratie, welche die etablierten Parteien und Politikerinnen und Politiker wenn nicht verursacht, so zumindest doch auch nicht verhindert haben.

Dazu zu sagen gibt es viel. Wir haben unsere Überlegungen und das, was wir dazu zu sagen haben niedergeschrieben in den Erste-Hilfe-Maßnahmen für die Demokratie: www.vaihinger-manifest.de

Denn systematisch wird in Deutschland und der EU Politik gegen den Willen seiner Bewohnerinnen und Bewohner gemacht. Die 5%-Klausel ist nun einmal systemisch. Ebenso die Tatsache, dass die Wahlbeteiligung für die Legitimation von angeblich repräsentativen Organen keine Rolle spielt. Oder der Fakt, dass vorab publizierte Umfrageergebnisse den Grundsatz der gleichen Wahl unterhöheln, weil die Menschen dann taktisch wählen und die Wahl damit verzerrt wird. Oder dass seit Jahren kein Direktkandidat in Bundes- oder Landtag mehr eine Chance auf Einzug ins Parlament hat. Und auch die Verstrickung von Polizei und Verfassungsschutz ins rechtsextreme Spektrum hat in Deutschland System. Politikerinnen und Politiker in Regierungsverantwortung ignorieren das Gebot der Orientierung am Gemeinwohl und bedienen die Interessen von Großkonzernen und anderen Mächteliten. Die Parteizugehörigkeit spielt dabei eine vernachlässigbare Rolle: Vor der letzten Landtagswahl hat Winfried Kretschmann gesagt, es sei völlig normal, dass im Wahlkampf gelogen werde. Nun setzen die Grünen das Projekt S21 fort. DIE LINKE genehmigt den Tagebau Welzow Süd II, Steinmeier von der SPD akzeptiert als Geheimdienstkoordinator die Ausspähung der NSA, und die EU-Kommission lässt eine europäische Bürgerinitiative gegen TTIP und CETA nicht zu. Und erinnern wir uns ruhig an die Rolle von CDU und FDP beim gigantischen FlowTex-Betrug und dem Birkel-Skandal hier im Musterländle. Doch wer übernimmt dafür die Verantwortung und wer die Rechnung? Wer hat den Schaden? Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, die Bürgerinnen und Bürger wollen belogen werden.

Auch die Diskreditierung der Nichtwähler hat System. Über all das müssen wir uns klar werden, das müssen wir ändern. Und das geht nicht über das Wählengehen, sondern über den aktiven Wahlboykott.

Nichtwählen geschieht nicht nur aus Faulheit, aus Dummheit oder aus überheblicher Arroganz, um einmal die gängigen Vorurteile gegenüber Nichtwählern zu bemühen. Nichtwählen ist vor allem ein Notsignal innerhalb einer Demokratie, die auf den Abgrund zusteuert. Ein Zeichen, dass es so nicht weitergehen kann, wenn wir unsere demokratische Prinzipien nicht vollends über Bord werfen wollen. Wenn am Sonntag mal wieder nicht herauskommt, was ihr euch erhofft habt vom Wählengehen, sagt nicht, ihr hättet die Regeln des Spiels nicht gekannt!

⁴ Obgleich die Vorschläge, die zu seiner Behebung diskutiert werden, eher als Kosmetik, denn als Ursachenbekämpfung anmuten. Vgl. etwa <https://www.spd.de/aktuelles/bundesparteitag-2015/beschluesse/>
<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/wahlbeteiligung-parteien-schmieden-buendnis-a-1038659.html>

⁵ <http://www.n-tv.de/politik/AfD-bei-Kommunalwahl-vielerorts-zweistellig-article17155801.html>